

Thomas, Kiefer, Die britischen Kolonien Kenia, Nord- und Südrhodesien in der Entkolonialisierung 1945–1965. Politische Strukturen von Siedlergesellschaften in der Krise (Schriftenreihe der Stipendiatinnen und Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 40), LIT Verlag, Berlin/Münster etc. 2012, 432 S., kart., 44,90 €.

Ende der 1950er Jahre war den Siedlergesellschaften in Ost- und Zentralafrika zumeist klar, dass der koloniale Rückzug der Administration in London (und anderen Metropolen) unumkehrbar war. Die mit einem Datum klar definierte Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonien repräsentiert dabei aber weniger einen Bruch als vielmehr den angestrebten Höhepunkt einer Entwicklung, die sich über Jahre beziehungsweise Jahrzehnte hinzog. In dieser Transitionsphase versuchten die Siedlergemeinschaften auf die Entwicklungen zu reagieren und diese zu beeinflussen. Die dabei relevanten Denkmuster schlugen sich in politischen Strukturen nieder, die im Fall von Kenia und Nordrhodesien überhaupt erst geschaffen werden mussten, und in Südrhodesien zu einer Änderung der Parteienlandschaft führten. Motivation, Aktion und Reaktion in den keineswegs homogenen Siedlergesellschaften prägten eine historische Periode, deren Komplexität in der Forschung oft ausgewichen wird.

Thomas Kiefer analysiert in seiner Dissertation diese Entwicklungen. Er konzentriert sich dabei – dem Titel der Arbeit entsprechend – auf die Siedler und isoliert diese in jeder Kolonie separat aus dem grundsätzlichen Spannungsdreieck, in dem die Kolonialregierung in London sowie die Hoffnungen, Erwartungen und Forderungen der afrikanischen Bevölkerung die beiden anderen Eckpunkte darstellen. Impulse von diesen Seiten werden nur ausgeführt, soweit sie zum Verständnis der Argumentation notwendig sind. Dieses Vorgehen mag jene irritieren, die eine generelle Darstellung des Prozesses eingebettet in alle denkbaren politischen, ideologischen oder geografischen Beeinflussungsebenen erwarten. Kiefer macht aber von vorneherein klar, dass es ihm darum nicht geht. Er zeichnet durch umfassende Literatur- und Archivrecherchen die Bemühungen der Kolonisten nach, sich selbst und ihre Position während des ‚Winds der Veränderung‘ zu definieren. Als zentrale Fragestellung formuliert er die Auswirkungen dieser Binnendifferenzierung auf den Prozess der Entkolonialisierung.

Kiefer teilt den Untersuchungszeitraum, der sich zwischen einer neuen Aufbruchsstimmung nach dem Zweiten Weltkrieg und der Unabhängigkeit spannt, in drei Phasen. Über diese Phasen untersucht er die Kolonien einzeln, wobei die sich dabei ergebenden Dynamiken nur punktuell miteinander verbunden werden. Vielmehr ist die Arbeit als Vergleichsstudie aufgebaut. Verglichen werden das landwirtschaftlich geprägte Kenia, das Anfang der 1950er Jahre eine europäische Bevölkerung von rund 60.000 aufwies, Nordrhodesien, dessen Kolonisten seit den 1930er Jahren primär als Arbeiter in der Kupferindustrie kamen und deren Zahl 1946 auf 22.000 wuchs, sowie Südrhodesien, das seit 1923 faktisch selbstregiert war und dessen europäischstämmige Bevölkerung in den 1950er Jahren über 200.000 betrug, die primär von den Erträgen der Landwirtschaft lebten.

Die Spannungsfelder in den Siedlergesellschaften umfassten Macht-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Es ging um den jeweils eigenen Status gegenüber der Kolonialadministration, wobei die Siedlergesellschaften maximale Selbstverwaltung anstrebten – besonders vor dem Hintergrund der beginnenden Entkolonialisierungspolitik Londons. In den beiden Rhodesien brodelte zudem ein Machtkampf zwischen britischen Siedlern und aus Südafrika eingewanderten Buren. Der wirtschaftspolitische Aspekt war eine Sicherung der Einkommensmöglichkeiten für die Kolonisten im Agrar- beziehungsweise Bergbausektor. Mit all diesen Überlegungen eng verbunden war die gesellschaftspolitische Frage nach Emanzipation der afrikanischen Bevölke-

rung. Dies wurde von liberalen Kräften als notwendig erachtet, um ein friktionsfreies Zusammenleben zu ermöglichen, während konservative Kräfte darin eine Gefährdung ihrer politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Privilegien erkannten. Das Spektrum erstreckte sich dabei von *multi-racialism* bis hin zu Rassismus nach südafrikanischem Vorbild.

Vor diesem Hintergrund lässt sich für die Dynamiken innerhalb der Siedlergemeinschaft in Kenia folgendes Bild zeichnen: Bis nach dem Zweiten Weltkrieg war die Kolonie geprägt durch einen sehr geringen politischen Organisationsgrad. Dieser Umstand war einerseits politischem Desinteresse geschuldet, andererseits der Überlegung, London gegenüber als geeinter Block aufzutreten, um der Kolonialadministration möglichst wenig Angriffsfläche zu bieten. Die Frage nach einer vorsichtigen Emanzipation der afrikanischen Bevölkerung begann die Kolonisten nach dem Zweiten Weltkrieg aber in zwei Lager zu spalten. Das entstehende Parteiensystem wies um 1950 bereits Splitterungstendenzen auf. Die Reaktionen auf den Mau-Mau Aufstand (1952–1959) förderten diesen Trend: Eher konservative Parteien traten für eine Regierung der harten Hand ein, während liberale Kräfte den Afrikanern mehr Rechte und Möglichkeiten einräumen wollten. Seitens der Londoner Kolonialpolitik wurden letztere unterstützt – und auch die Gewerkschaft in Kenia setzte sich im Sinne eines friedlichen Zusammenlebens eher für den multirassischen Zugang ein. Hardliner hofften hingegen immer noch auf die Realisierung eines Ost- und Zentralafrikanischen *Dominions* zur Absicherung ihrer Vormachtstellung gegenüber dem afrikanischen Nationalismus. Ab 1960 gab es keine klaren Mehrheiten innerhalb der Siedler, was letztlich zur Gründung und dem Aufstieg der eher konservativ geprägten Kenya Coalition Party führte, die aber keine Möglichkeit mehr fand, Unabhängigkeit und Machtwechsel zu verhindern. Den Siedlern blieben in der Folge die Optionen, die ehemalige Kolonie zu verlassen oder sich mit den neuen, afrikanischen Machthabern rund um Jomo Kenyatta zu arrangieren.

In Nord- und Südrhodesien wurde die Situation komplexer durch eine grundsätzliche Spaltung der Siedlergesellschaft in Briten und aus Südafrika eingewanderte Buren. Seitens der Kolonialadministration galt es – neben anderen Überlegungen – immer auch darauf zu achten, den Einfluss der Buren unter Kontrolle zu halten. In Nordrhodesien kam dazu eine Spaltung zwischen Bergbau und Landwirtschaft, wo – wirtschaftlich bedingt – vielfach unterschiedliche Interessen verfolgt wurden. Als zusätzliches politisches Thema spielte die Frage einer Verschmelzung (*amalgamation*) mit Südrhodesien oder die Bildung einer Zentralafrikanischen Föderation eine Rolle. Mehrheitlich stand die Siedlergesellschaft hinter der Föderationsidee (mit Südrhodesien und Njassaland). In London teilte man diese Vorstellungen grundsätzlich, wurde aber durch den Widerstand der Afrikaner zunehmend skeptisch. Ähnlich wie in Kenia waren die Kolonisten misstrauisch gegenüber der Kolonialadministration und gegenüber etwaigen Plänen zu einer afrikanischen Emanzipation. Vor diesem Hintergrund entstanden unterschiedliche Interessensgruppen, ohne dass es zunächst zur Ausbildung eines Parteiensystems gekommen wäre. Die einzelnen Gruppierungen unterschieden sich als Liberale oder Konservative in erster Linie in der Frage um die Rechte der Afrikaner. Die viel diskutierte Zentralafrikanische Föderation wurde 1953 Realität. London hoffte damit, Nordrhodesien könnte in der Rassenfrage einen positiven Einfluss auf das radikale Südrhodesien haben, bei gleichzeitiger Eindämmung des europäischen und afrikanischen Nationalismus in der Region. Erst in dieser Phase entstand ein Parteiensystem, das die starke Zersplitterung innerhalb der ideologischen Lager widerspiegelte. Als große Parteien (auch in der Föderation) traten die gemäßigt konservative Sammelbewegung United Federal Party (UFP) und die radikal konservative Dominion Party (DP) in den Vordergrund. Während erstere sich für eine gewisse Kooperation mit den Afrikanern aussprach, verfolgte letztere eine Rassenentrennung. Das liberale Lager war zersplittert und spielte keine wesentliche Rolle. Insgesamt stellte sich die politische Situation bis Ende der 1950er Jahre als unüberschaubar dar. Wie auch in Kenia waren die Siedler von der Sorge getragen, London könne ohne Rücksprache mit den Kolonisten ihnen nachteilige Tatsachen schaffen. Anfang der 1960er Jahre verlor die UFP ihren Einfluss, da die Sammlungsbewegung durch unterschiedliche Interessen zerrissen wurde. Das liberale Lager gewann an Aufschwung und setzte schließlich eine Kooperation mit den Afrikanern auf den letzten Metern zur mittlerweile beschlossenen Unabhängigkeit durch. Diese Vor-

gehensweise wurde auch von der Industrie unterstützt, um die Produktion nicht zu gefährden – den Siedlern blieben ähnliche Optionen wie in Kenia, mit Staatspräsident Kenneth Kaunda als vis-a-vis.

In Südrhodesien existierte im Gegensatz zu Kenia und der Nachbarkolonie nördlich des Sambesi bereits seit 1923 ein Parteiensystem, das nun ebenfalls einer gewissen Dynamik unterworfen war. Zentrale Diskussionspunkte waren die Stellung der Afrikaner in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft einerseits und die Zukunft Südrhodesiens als *Dominion* oder in einer Föderation andererseits. DP und UFP waren – wie in Nordrhodesien – stärkste politische Kräfte, die einem wachsenden afrikanischen Nationalismus gegenüberstanden. Ende der 1950er Jahre, nachdem London seine grundsätzliche Unterstützung zur Aufrechterhaltung des weißen Primats in Zentralafrika aufgegeben hatte, begann die UFP auch hier an Rückhalt zu verlieren, und während beim nördlichen Nachbarn die Liberalen davon profitierten, erlebte Südrhodesien einen Rechtsruck, parteipolitisch repräsentiert durch die neue Rhodesian Front (RF) als Sammlungsbewegung der radikalen Siedler. Deren neues politisches Credo: ein Ende der Föderation und Unabhängigkeit für Südrhodesien unter ‚weißer‘ Führung. Generell wurde der afrikanische Nationalismus für die unklare Lage verantwortlich gemacht – eine Einstellung, die 1962 zum Wahlgewinn der RF führte. Politisch kam damit auch das zukünftige Verhältnis zu Großbritannien auf die Themenliste, da London eine Annäherung an Südafrika fürchtete. Innerhalb der RF führte dies zu einer Spaltung, wobei es dem von Buren dominierten pro-südafrikanischen Lager gelang, mehr Unterstützung zu mobilisieren. In dieser Situation wurde Ian Smith 1964 neuer Premier Südrhodesiens. Der Ton gegenüber London verschärfte sich. Als im November 1965 die „Unilateral Declaration of Independence“ den Bruch mit London besiegelte, war die Siedlergemeinschaft keineswegs geschlossen. Die RF schaffte es aber, Unsicherheit und Zersplitterung für sich zu nutzen und die eigene Macht auszubauen.

Die Dissertation von Thomas Kiefer hält (auch ohne Karte, Grafiken und einem Abkürzungsverzeichnis), was der Titel verspricht: Detaillierte Einblicke in die politischen Strukturen von Siedlergesellschaften in der Phase von 1945 bis 1965. Er bietet damit ein wichtiges Puzzleteil zum Verständnis des Endes der Kolonialreiche.

Thomas Spielbüchler, Linz

Zitierempfehlung:

Thomas Spielbüchler: Rezension von: Thomas Kiefer, Die britischen Kolonien Kenia, Nord- und Südrhodesien in der Entkolonialisierung 1945–1965. Politische Strukturen von Siedlergesellschaften in der Krise (Schriftenreihe der Stipendiatinnen und Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 40), LIT Verlag, Berlin etc. 2012, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 54, 2014, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81549>> [14.4.2014].